

Bisexuelle Wahlprüfsteine (von BiNe – Bisexuelles Netzwerk e. V.)

Landtagswahlen Baden-Württemberg: 14. März 2021

In Deutschland sortieren sich 21% selbst im bisexuellen Spektrum ein (bei jungen Menschen sogar 39%):

<http://www.bine.net/sites/default/files/bijou31yougov.pdf>.

Bisexuelle sind also eine **ernstzunehmende Wähler_innenschaft**.

Bitte antworten Sie daher bis zum 26.02.2021.

Wenn nicht überall eine Antwort möglich ist, nehmen wir auch nur einen Teil an.

Vielen Dank für Ihre Mühe und viel Erfolg bei der Wahl!

Bisexuelle Wahlprüfsteine

Frage 1:

Bisexuelle outen sich deutlich später oder gar nicht als andere (http://www.antidiskriminierungsstelle.de/SharedDocs/Downloads/DE/publikationen/Umfragen/20170719_Umfrageergebnisse_Out_im_Office.html), dabei trägt ein **Coming-out** deutlich zur Zufriedenheit bei (<https://bisexual.org/study-shows-benefits-of-coming-out-bi/>).

In Deutschland gibt es kaum geoutete bisexuelle Politiker_innen, im Bundestag niemanden. Dagegen sieht es in den USA, aber auch anderen europäischen Staaten ganz anders aus (https://en.wikipedia.org/wiki/Kyrsten_Sinema, https://en.wikipedia.org/wiki/Kate_Brown, https://en.wikipedia.org/wiki/Krista_van_Velzen, https://en.wikipedia.org/wiki/Tommy_Ahlers).

a) Wie wollen Sie Coming-outs unterstützen – von Vorbildern (Politiker_innen, Lehrer_innen)?

Antwort:

Zur Begünstigung von Coming-outs muss eine strukturelle Sicherheit gewährleistet werden. Dazu gehören Schutz vor Diskriminierung (z.B.

Bisexuelle Wahlprüfsteine (von BiNe – Bisexuelles Netzwerk e. V.)

durch Gesetzgebung, aber auch durch gesellschaftliche Aufklärung und Behandlung sexueller Diversität im Sexualkundeunterricht und die Schaffung einer unterstützenden Umgebung (z.B. durch geschulte Sozialarbeiter an Schulen).

Die öffentliche Wahrnehmung von Bisexualität und anderen bisher unterrepräsentierten sexuellen Orientierungen sollte durch die öffentlich-rechtlichen Medien gezielt gefördert werden. Hierbei können verschiedene sexuelle Orientierungen der LGBTQ+ Community aufgezeigt und bereits geoutete Personen des öffentlichen Lebens vorgestellt werden. Dies kann andere Menschen, insbesondere auch solche mit Vorbildfunktion, ermutigen, sich ebenfalls zu outen. Gleichzeitig bemühen wir uns als Partei der Humanisten um eine offene Diskussionskultur und treten in öffentlichen Diskursen für Diversität und gegen jede Form der Diskriminierung ein.

b) Sind Ihnen geoutete bisexuelle Politiker_innen in Ihrer Partei bekannt?

Antwort:

Ja, uns sind mehrere geoutete bisexuelle Mitglieder (und generell der LGBTQ+ Community) in unserer Partei bekannt. Eine genaue Statistik erheben wir nicht. Wir stehen für Offenheit, Toleranz und Vielfalt ein. Für die Parteiarbeit spielt die sexuelle Orientierung unserer Mitglieder keine Rolle. Daher werden diese Daten auch nicht erhoben. Natürlich unterstützen und begrüßen wir es, wenn Mitglieder ihr Leben selbstbestimmt gestalten und zu ihrer Orientierung stehen.

Frage 2:

Auch **Teenager**, die sich als bisexuell identifizieren, sind deutlich seltener geoutet, dafür haben sie noch stärker als homosexuelle Gleichaltrige mit Mobbing, Selbstmordgedanken und Drogenmissbrauch zu kämpfen (<http://www.hrc.org/youth-report/supporting-and-caring-for-our-bisexual-youth>).

Dabei ist die Gruppe von jungen Menschen, die sich nicht als 100% heterosexuell oder 100% homosexuell einstuft, keine Minderheit (39%, <http://www.bine.net/sites/default/files/bijou31yougov.pdf>).

a) Wie wollen Sie Coming-outs von bisexuellen Jugendlichen unterstützen und sich gegen

Diskriminierung sexueller Jugendlicher einsetzen?

Antwort:

Eine Unterstützung für sexuelle Jugendliche kann konkret im Rahmen des Sexualkundeunterrichts umgesetzt werden. Zusätzlich zur Aufklärung ist auch ein verstärkter Diskurs über Diskriminierungserfahrungen und politische Aspekte, z.B. im Politikunterricht, notwendig. Hierbei muss auch die Bildung zur Akzeptanz von Vielfalt fester Bestandteil der Rahmenlehrpläne sein. Geeignete Konzepte aus Erziehungswissenschaft und Fachdidaktik sollten konsequent umgesetzt und Lehrkräfte entsprechend geschult werden. Im Rahmen von Elternabenden, Informationsveranstaltungen o.Ä. sollten auch Erziehungsberechtigte für dieses Thema und den richtigen Umgang damit sensibilisiert werden.

b) Wie hoch werden die Mittel sein, die dazu zur Verfügung stehen werden?

Antwort:

Die detaillierte Planung muss einem Expertengremium obliegen. Wir können daher noch keine Einschätzung der genauen Kosten abgeben.

Frage 3:

Laut einer Umfrage wünschen sich 86% der deutschen Sexuellen mehr **Aufklärung** über Sexualität **in der Schule** (vgl. http://www.bine.net/sites/default/files/umfrage_6_bibewegung.pdf).

Arbeitsblätter und Hilfestellungen gibt es auf <http://www.bine.net/schule>.

In der Schulpraxis wird Sexualität bislang fast komplett verschwiegen.

In Baden-Württemberg gibt es seit 2015 den „Aktionsplan für Akzeptanz und gleiche Rechte Baden-Württemberg“ ([https://sozialministerium.baden-wuerttemberg.de/fileadmin/redaktion/m-sm/intern/downloads/Downloads Offenheit und Akzeptanz/Aktionsplan Akzeptanz 2015.pdf](https://sozialministerium.baden-wuerttemberg.de/fileadmin/redaktion/m-sm/intern/downloads/Downloads%20Offenheit%20und%20Akzeptanz/Aktionsplan%20Akzeptanz%202015.pdf)).

Wie wollen Sie sicherstellen, dass Schüler_innen konkret über Sexualität aufgeklärt werden?

Antwort:

Die Vielfalt sexueller Orientierungen und geschlechtlicher Identitäten sollte unserer Meinung nach im Sexualkunde- und Politikunterricht angemessen und differenziert behandelt werden. Hierzu müssen auch Lehrkräfte entsprechend geschult werden. Gleichzeitig kann die Aufklärung auch vermehrt in Zusammenarbeit mit externen Experten bzw. speziell geschulten Pädagogen durchgeführt werden. Dies könnte zu einer offeneren Gesprächsatmosphäre beitragen, da diese den Schülern eher auf Augenhöhe begegnen können.

Frage 4:

Es gibt in Deutschland Gruppierungen wie „**Besorgte Eltern**“, die sich gegen Sexualaufklärung aussprechen (<http://www.spiegel.de/lebenundlernen/schule/besorgte-eltern-und-ihr-seltsamer-protest-gegen-sexualkundeunterricht-a-1017578.html>). Leider finden sie und andere LSBTI*-feindliche Akteur_innen auch bei Politiker_innen in Baden-Württemberg Gehör (http://www.queer.de/detail.php?article_id=24787).

Dabei gefährdet eine Abschaffung oder starke Einschränkung von Kindern stärkender Sexualaufklärung nicht nur LSBTI*-Jugendliche, sondern alle Jugendliche und öffnet Tür und Tor für sexuellen Missbrauch. Denn Jugendliche, die unwissend und nicht selbstbewusst sind, können sich gar nicht gegen sexuellen Missbrauch wehren und wissen auch nicht, dass sie sich an Vertrauenspersonen wenden können, die ihnen im Fall der Fälle helfen können.

Wie schützen Sie unsere Kinder und Jugendlichen vor rückwärtsgewandten und gefährlichen Kräften wie den „Besorgten Eltern“ oder der „Demo für alle“?

Antwort:

Wir setzen uns für ein Bildungssystem ein, das es den jungen Menschen ermöglicht, sich frei von dogmatischen und ideologischen Einflüssen zu selbstständigen und selbstbestimmten Individuen zu entwickeln. Eine Abschaffung des Unterrichts zur Sexualaufklärung lehnen wir strikt ab, stattdessen setzen wir uns für eine Ausweitung ein. Wo dies noch nicht der Fall ist, muss dieser für alle ohne Ausnahmen verpflichtend gemacht werden. Eine mögliche Befreiung bei einem so wichtigen Thema ist nicht sinnvoll. Als liberale und progressive Partei beteiligen wir uns zudem an

Demos wie „My Body, my Choice!“ und wollen selbst mit positivem Beispiel vorangehen.

Frage 5:

Mangelnde **Sichtbarkeit** ist für bisexuelle Menschen ein zentrales Thema

(http://www.queer.de/detail.php?article_id=20138).

In Schleswig-Holstein gab es im Rahmen von „Echte Vielfalt“ eine **Initiative zu sexueller Sichtbarkeit**:

[https://schleswig-](https://schleswig-holstein.de/DE/Landesregierung/VIII/Presse/PI/PI_Archiv/2018/180921_VIII_Bisexuelle_Vielfalt.html)

[holstein.de/DE/Landesregierung/VIII/Presse/PI/PI_Archiv/2018/180921_VIII_Bisexuelle_Vielfalt.html,](https://schleswig-holstein.de/DE/Landesregierung/VIII/Presse/PI/PI_Archiv/2018/180921_VIII_Bisexuelle_Vielfalt.html)

https://www.queer.de/detail.php?article_id=29720.

Dieses Jahr ist ein Bi+Pride in Hamburg mit Bi-Flaggen-Hissung, Workshop und Demonstration für sexuelle Sichtbarkeit geplant (www.bipride.de).

- a) **Welche vergleichbare Aktion können Sie sich für Baden-Württemberg vorstellen? Wie soll es umgesetzt werden?**

Antwort:

Wir begrüßen diese Aktion und können uns eine Vergleichbare auch gut in Baden-Württemberg, z.B. in Stuttgart, vorstellen. Sollte die Veranstaltung gut ankommen, so wäre auch eine Veranstaltungsreihe in mehreren Städten, ähnlich dem Christopher Street Day, möglich. Diese sollte dann auch zumindest organisatorisch durch die lokale Politik unterstützt werden. Als Partei nehmen wir regelmäßig am CSD teil, sodass wir auch einer Teilnahme bei Bi+Pride Demos sehr aufgeschlossen wären.

- b) **Werden Sie sich dafür einsetzen, dass die Bi-Flagge an einem Rathaus oder einem Ministerium gehisst wird? Welches?**

Antwort:

Nein. Unserer Meinung nach soll die Neutralität von Rathäusern und Ministerien gewahrt bleiben, wie z.B. auch bei religiösen Zeichen. Zudem sind in unseren Augen alle sexuellen Orientierungen gleichwertig. Generell

lehnen wir Symbolpolitik ab. Wir streben eine Gesellschaft der freien und gleichen Individuen an.

c) Werden Sie in Ihren Veröffentlichungen und Reden über LSBTI* auch Bisexuelle mit nennen?

Antwort:

Grundsätzlich ist für uns die Gleichwertigkeit und Gleichberechtigung aller sexuellen Orientierungen eine Selbstverständlichkeit. Daher planen wir nicht, Bisexuelle im generellen Kontext explizit zu nennen. Sollte es jedoch im konkreten Kontext angebracht sein, werden wir selbstverständlich differenziert auf die jeweiligen Gruppen, die LSBTI* umfasst, eingehen. Dazu gehört dann natürlich auch die Gruppe der Bisexuellen.

Frage 6:

In Australien hat eine Senatorin eine **Rede zum Tag der Bisexualität** (23.9.) gehalten

(<https://www.bicommunitynews.co.uk/7285/australian-senator-speaks-about-bi-week/>), aber auch im Hamburger Rathaus gab es schon Veranstaltungen zum Thema Bisexualität (<https://www.facebook.com/BiFriendsHH/posts/480295929021789>).

2020 war das Jubiläum „50 Jahre CSD weltweit“ (1969 war Stonewall, aber 1970 der erste CSD), und der erste CSD wurde von der „Mother Of Pride“ Brenda Howard, einer bisexueller Aktivistin, organisiert

(https://en.wikipedia.org/wiki/Brenda_Howard).

Werden Sie 2021 eine Rede und/oder einen Antrag zum Thema Bisexualität in den Landtag einbringen?

Antwort:

Wir halten die Sichtbarkeit und Wahrnehmung aller sexueller Orientierungen für sehr wichtig. Im Rahmen von Demonstrationen werden wir uns daher auch weiterhin für Gleichstellung und verbesserte öffentliche Wahrnehmung der LGBTQ+ Community stark machen. Sollten wir in den Landtag einziehen, so werden wir uns selbstverständlich auch dort für diese Ziele weiter einsetzen.

Frage 7:

Die **Forschung** hinkt beim Thema Bisexualität hinterher.

- https://www.focus.de/gesundheit/ratgeber/sexualitaet/tid-17693/bisexualitaet-wenig-forschung-um-ein-minderheitenphaenomen_aid_492784.html

Die Freiheit der Wissenschaft, Forschung und Lehre ist in Artikel 5 des Grundgesetzes verankert.

a) Welche Möglichkeiten, die Forschung zum Thema Bisexualität anzukurbeln, sehen Sie dennoch?

Antwort:

Die Wissenschaft muss, um ihrer gesellschaftlichen Aufgabe gerecht zu werden, sowohl frei von staatlicher Instrumentalisierung als auch von übermäßigen ökonomischen Zwängen sein. Insbesondere Grundlagenforschung, die zunächst keinen kurzfristigen ökonomischen Nutzen verspricht, wird von uns intensiv gefördert werden.

Für Forschung zum Thema Bisexualität, und generell zu allen sexuellen Orientierungen, ist es vor allem auch wichtig, das Thema mehr in die Öffentlichkeit zu rücken. Gleichzeitig kann im Rahmen von Bundesprogrammen wie „Demokratie leben!“ eine gezielte finanzielle Förderung für Öffentlichkeitsarbeit in diesen Themenbereichen erfolgen. Bereits jetzt gibt es hier gute Angebote abseits der Forschung, z.B. die Akademie Waldschlösschen (eine Heimvolkshochschule, deren Bildungsprogramm sich durch Angebote an LGBTQ+, HIV positive, Menschen mit geistiger Behinderung und weitere gesellschaftliche Gruppen, aber auch generelle Angebote profiliert).

b) Inwiefern sorgen Sie für die Verbreitung und Berücksichtigung der Ergebnisse in Ihrer politischen Arbeit?

Antwort:

Wir kommunizieren wissenschaftliche Erkenntnisse und gesellschaftliche Entwicklungen sowie unsere Positionen dazu regelmäßig auf unseren Social Media Kanälen (Twitter, Instagram, Facebook) und auf unserer Homepage. Intern diskutieren wir in unserem Parteiforum. Die politische Arbeit und Aufarbeitung neuester wissenschaftlicher Erkenntnisse findet in

den einzelnen Arbeitsgruppen statt, was direkt in unsere Parteipositionen einfließt.

Frage 8:

Auch in der Politik äußern sich **Politiker_innen LSBTI*-feindlich**

- <https://www.zeit.de/politik/ausland/2016-10/guenther-oettinger-chinesen-homo-ehe>,
- <https://www.tagesspiegel.de/politik/die-afd-und-ihre-provokationen-judenhass-homophobie-islamkritik/13690892.html>

Wie wollen Sie dafür sorgen, dass menschenrechtsfeindliche Äußerungen auch für Politiker_innen deutlichere Konsequenzen haben?

Antwort:

Wir verurteilen jede LSBTI*-feindliche Äußerung. Allerdings gilt die Meinungsfreiheit unbedingt und überall. Sie schützt vor willkürlichen Übergriffen des Staates und deckt auch Meinungen ab, durch die sich Menschen beleidigt fühlen können. Wir sehen es als Aufgabe der Gesellschaft und der anderen Parteien, menschenrechtsfeindlichen Äußerungen entschieden entgegen zu treten und sie zu verurteilen.

Aufforderungen zur Ausübung jedweder Form von Gewalt sowie Volksverhetzung sehen wir selbstverständlich nicht von der Meinungsfreiheit gedeckt. Diese müssen strafrechtlich verfolgt werden.

Frage 9:

Gewalt ist immer zu verachten, aber **Hasskriminalität** ist eine besonders zu verachtende Straftat.

- <http://www.spiegel.de/panorama/justiz/hasskriminalitaet-gegen-lesben-schwule-und-transgender-300-faelle-im-jahr-2017-a-1193096.html>

Wie wollen Sie bisexuelle Mitmenschen besser vor Hassgewalt schützen?

Antwort:

Bisexuelle Wahlprüfsteine (von BiNe – Bisexuelles Netzwerk e. V.)

Um Hasskriminalität auf Basis sexueller Orientierung zu bekämpfen, wollen wir sowohl umfassende präventive als auch repressive Maßnahmen einführen. Präventiv wollen wir öffentliche Aufklärung über sexuelle Vielfalt stärken, Ansprechpartner bei den Sicherheitsbehörden einführen sowie das Beratungs- und Selbsthilfeangebot für Betroffene stärken. Repressiv wollen wir Gewalt gegen die sexuelle Orientierung bundesweit einheitlich - und gesondert als solche - in der Kriminalstatistik erfassen sowie Ermittlungsgruppen einführen, welche sich mit der Bekämpfung von Hasskriminalität beschäftigen.

Frage 10:

Beim **Blutspenden** werden bisexuelle Männer genauso wie homosexuelle Männer nach wie vor diskriminiert. Dabei ist die sexuelle Orientierung als Kriterium nicht nachvollziehbar. Monogame und zuverlässig Safer Sex-Praktizierende stellen kein höheres Risiko dar. Andere Länder sind hier schon weiter.

- https://www.queer.de/detail.php?article_id=31824

Wie ist Ihre Haltung zur Verbesserung der Blutspenderegulungen für Männer, die mit Männern Sex haben?

Antwort:

Das Risiko für sexuell übertragbare Krankheiten hängt vor allem vom individuellen Risikoverhalten ab und nicht von der sexuellen Orientierung. Als Ausschlusskriterium für eine Blutspende sollte in Zukunft nur das häufige Wechseln von Sexualpartnern oder ungeschützter Sex gelten - unabhängig von der sexuellen Orientierung (abgesehen natürlich von anderen Ausschlusskriterien). Hier sollten jedoch nur die letzten drei Monate, statt wie bisher ein komplettes Jahr berücksichtigt werden, da HIV bereits innerhalb dieser Zeit nachweisbar ist.

Frage 11:

Das **Transsexuellengesetz** betrifft natürlich auch manche Bisexuellen. Doch der Reformvorschlag trifft bei Betroffenen ähnlich wie bei der viel zu späten rechtlichen Umsetzung des dritten Geschlechts auf viel Kritik. Außerdem wurden Trans*-Menschen und Fachverbände nur im Nachhinein unter einer absurden Frist von 48 Stunden zum Reagieren eingebunden

(<https://www.tagesspiegel.de/gesellschaft/queerspiegel/neues-transsexuellengesetz-das-geschlecht-bleibt-fremdbestimmt/24335498.html>).

a) Was tun Sie dafür, damit Rechte von Trans*-Menschen berücksichtigt werden?

Antwort:

Die individuelle Freiheit ist die wichtigste Voraussetzung, um ein erfülltes und selbstbestimmtes Leben zu führen. Der Mensch ist eigenverantwortlicher Gestalter seines Lebens und der Gesellschaft. Grundsätzlich soll der Staat nicht bestimmen, was für ein erwachsenes Individuum richtig ist und welche Entscheidungen es für das eigene Leben trifft. Ein Urteil über die geschlechtliche Identität kann nur dieser Mensch selbst tätigen. Deshalb wollen wir die formelle Änderung des personenstandsrechtlichen Geschlechtseintrags über einfache Erklärung auf dem Standesamt ermöglichen.

b) Was tun Sie dafür, dass Menschenrechte nicht Spielbälle der Politik bleiben, sondern selbstverständlich und möglichst weitgehend ausgelegt werden, statt begrenzt?

Antwort:

Hierfür setzen wir uns jeden Tag in unserer politischen Arbeit ein. Die Menschenrechte gelten ausnahmslos für alle Menschen, unabhängig von biologischen Eigenschaften und kulturellen Eigenheiten. Wir fordern, dass sie vom Staat - unabhängig von wirtschaftlichen oder ideologischen Interessen - international geachtet und gefördert werden. Das Geschlecht, die Weltanschauung, die politische Einstellung, biologische Merkmale, die ethnische Zugehörigkeit oder die Kultur eines Menschen dürfen vor dem Gesetz und im Gesetzestext selbst keinen Unterschied machen. Menschenrechte gelten auch für Kinder und Jugendliche und dürfen durch niemanden, nicht einmal auf ausdrücklichen Wunsch der Erziehungsberechtigten, aufgehoben oder verletzt werden.

Frage 12:

Auch heute noch werden **intersexuelle Kinder** ohne medizinischen Grund operiert – eine Praxis, die beschönigend als „geschlechtsangleichende Operation“ bezeichnet wird, in der Realität für die Betroffenen aber eine Genitalverstümmelung

mit oft schwerwiegenden lebenslangen Folgen darstellt:

<https://www.planet-wissen.de/gesellschaft/sexualitaet/intersexualitaet/intersexualitaet-operationen-100.html>

Wie wollen Sie diese Kinder in Zukunft schützen?

Antwort:

Als Humanisten liegen uns Menschen- und insbesondere Kinderrechte sehr am Herzen und legen den Grundstein für unser Grundsatzprogramm.

Kinder haben nicht nur ein Recht auf körperliche Unversehrtheit und gewaltfreie Erziehung, sondern unter anderem auch auf Gesundheit, Bildung und Freizeit. Zudem besteht ein Recht auf Identität, welches bei diesen Operationen berührt wird.

Geschlechtsangleichende Operationen an Kindern ohne medizinische Notwendigkeit gehören ebenso wie andere Formen der Genitalverstümmelung deshalb konsequent verboten.

Frage 13:

Erkämpfte LSBTI*-Menschenrechte können auch wieder eingeschränkt werden. Ein sinnvoller rechtlicher Schutz ist die Eintragung im **Grundgesetz, Artikel 3** (<https://www.lsvd.de/politik/artikel-3-grundgesetz.html>). Und obwohl sich alle Expert*innen dafür aussprechen (<https://www.bundestag.de/presse/hib/682392-682392>), plant die Bundesregierung aktuell keine Erweiterung (https://www.queer.de/detail.php?article_id=37762).

a) Werden Sie sich für die Aufnahme der sexuellen Identität in Artikel 3 einsetzen und dafür stimmen?

Antwort:

Die rechtliche Situation von Lesben, Schwulen und Bisexuellen hat sich zwar stark verbessert, dennoch stoßen solche Lebensführungen immer noch auf Vorbehalte, was sich in rechtlicher und sozialer Diskriminierung niederschlägt. Das allgemeine Diskriminierungsverbot bietet hier keinen ausreichenden Schutz. Aus diesem Grund wollen wir das Merkmal der sexuellen Identität in den Artikel 3 Absatz 3 Satz 1 des Grundgesetzes einfügen.

b) Wie stehen Sie dazu, dass hierbei der sehr eindeutige Rat der Expert*innen von der Politik nicht umgesetzt wird?

Antwort:

Als Partei, die ihren Fokus unter anderem auf die Wissenschaft setzt, können wir nicht nachvollziehen, dass die Politik den Expertenrat nicht umsetzt. Wir treten generell dafür ein, dass politische Entscheidungen in allen Bereichen - soweit möglich - wissenschaftlich fundiert seien sollten.

Zum Schluss noch drei Fragen, die über das Thema Bisexualität hinausgehen:

Frage 14:

Immer wieder reden die Parteien davon, dass die AfD keine demokratische Partei sei. Nun werden auch immer mehr Landesverbände dieser Partei vom Verfassungsschutz beobachtet.

Dennoch scheinen alle Parteien der AfD bislang alles durchgehen zu lassen – von zutiefst **menschenrechtsfeindlichen Äußerungen** (vgl. <https://taz.de/Urteil-zur-Wochenzeitung-Kontext/!5573132/>) bis hin zu **AfD-Denunziationsplattformen** zu Lehrer_innen (vgl. <https://www.gew.de/schule/fragen-und-antworten-zu-den-denunziationsplattformen-der-afd/>).

Auch gegen die **Corona-Leugner*innen** wird fast nichts unternommen: Sturm auf den Reichstag und späte Ermittlung gegen Hildmann (<https://taz.de/Coronaleugner-im-Bundestag/!5729871/>, https://www.t-online.de/nachrichten/deutschland/id_88969648/attila-hildmann-staatsanwaltschaft-berlin-ermittelt-gegen-corona-leugner.html). Die Querdenken 711-Initiative kommt dabei aus Ihrem Bundesland.

a) Was werden Sie konkret gegen die menschenrechtlichen Aktionen der AfD unternehmen?

Antwort:

Als Partei positionieren wir uns klar gegen jede Form der Menschenfeindlichkeit. Den widerlichen Äußerungen und Aktivitäten der AfD stellen wir uns entschlossen entgegen. Wir nehmen aktiv an Demonstrationen teil und beteiligen uns in entsprechenden Gremien, z.B. im Netzwerk Karlsruhe gegen Rechts. Den Humanismus sehen wir hierbei als gesellschaftlichen Gegenentwurf zu allen Ausartungen des Faschismus. Aufforderungen zur Ausübung jedweder Form von Gewalt sowie Volksverhetzung sehen wir nicht von der Meinungsfreiheit gedeckt. Diese gilt es konsequent strafrechtlich zu verfolgen.

b) Was werden Sie gegen die Corona-Leugner*innen, die andere gefährden, unternehmen?

Antwort:

Seit unserer Gründung setzen wir uns für einen politischen Diskurs auf Basis wissenschaftlicher Fakten ein. Wir positionieren uns klar und deutlich gegen wissenschaftsfeindliche und gefährliche Überzeugungen. Pseudo- und Grenzwissenschaften sowie esoterische Einflüsse auf Forschung und Lehre lehnen wir ausdrücklich ab. Die wissenschaftliche Methode betrachten wir als den besten Weg, allgemeingültige Erkenntnisse zu gewinnen. Dabei betonen wir das Zusammenwirken der Geistes-, Sozial- und Naturwissenschaften. Wissenschaftliche Erkenntnisse bilden die Grundlage unserer technischen Zivilisation sowie die Quelle des Wohlstandes und der Lebensqualität des Menschen.

Das solidaritätsverweigernde Verhalten vieler Coronaleugner gefährdet die Gesundheit von Menschen und ist höchstwahrscheinlich mitverantwortlich für eine höhere Anzahl von Toten. Die „Querdenkweise“ dieser Bewegung widerspricht unseren humanistischen und wissenschaftlichen Grundsätzen und ist mit uns schlichtweg unvereinbar. Wir stellen uns dieser Bewegung auf allen Ebenen entschlossen entgegen, insbesondere durch verstärkte Bildung und faktenbasierte Aufklärung.

Frage 15:

Vor allem Minderheiten wie LSBTI* – und damit auch Bisexuelle – haben ihr soziales Umfeld aufgrund von Diskriminierungs-

erfahrungen oft nicht in der Herkunftsfamilie, sondern mussten andere Wege für ein stabiles und unterstützendes soziales Umfeld schaffen. Dieses findet oft nicht im häuslichen Umfeld, sondern in den Räumen von entsprechenden Initiativen oder Szene-Lokalen statt, die durch die bisherigen Corona-Maßnahmen besonders stark betroffen sind. Für das Ziel einer baldigen Öffnung solcher Räume kann die Corona-Impfung ein wichtiger Baustein sein. Dennoch geht es bei der Impfung nicht so schnell voran, wie es notwendig wäre - und andere Staaten dieser Welt zeigen, dass dies möglich wäre.

a) Warum werden Ihrer Meinung nach die Lizenzen nicht abgekauft und/oder mehr Fabriken für die entsprechenden Impfstoff-Firmen gebaut, so dass viel schneller Impfstoffe für alle weltweit produziert werden?

Antwort:

Für die Herstellung eines komplexen Medizinproduktes, wie der mRNA Impfstoff, ist Erfahrung und Expertise sowie spezielles technisches Equipment notwendig. Bereits jetzt arbeiten die Impfstoffproduzenten, wo möglich, bei der Produktion zusammen. Eine „Freigabe“ der Lizenzen/Patente sehen wir deshalb kritisch, da dies bei selbstverständlich gleichbleibenden Qualitätsanforderungen voraussichtlich nicht zu einer erhöhten Produktion führen würde. Stattdessen würden jedoch die erfolgreichen Innovatoren „bestraft“ werden, wodurch negative Langzeitauswirkungen und ein Vertrauensverlust der ganzen Industrie zu erwarten wäre. Wir halten es jedoch für sinnvoll, die Hersteller bei der weiteren Produktion zu unterstützen und die Zusammenarbeit der Impfstoff-Firmen zu stärken. Hier hätte von Seiten der EU und Deutschland bereits im vergangenen Sommer deutlich engagiertere Unterstützung kommen sollen.

b) Was tun Sie dafür, dass das Impfen in den nächsten Monaten in Baden-Württemberg gut verläuft?

Antwort:

Organisatorisch sind wir nicht eingebunden, kommunizieren aber über unsere Parteikanäle Daten und Fakten zur Pandemie und zum Impfen, um das Wissen und die Impfmotivation in der Bevölkerung zu erhöhen. Einige

unserer Mitglieder sind darüber hinaus im privaten Rahmen auch in Impfzentren und mobilen Impfteams im Einsatz.

Frage 16:

Der **Klimawandel** ist wissenschaftlicher Konsens (<https://www.klimafakten.de/behauptungen/behauptung-es-gibt-noch-keinen-wissenschaftlichen-konsens-zum-klimawandel>). Und dennoch gibt es Parteien die dies ignorieren oder gar bestreiten. Insgesamt gibt es keine ausreichenden Schritte. Und die Bewegung „Fridays for future“ wird von vielen Politiker_innen belächelt, die Jugend nicht ernstgenommen. Auch viele LSBTI*-Jugendliche sehen hier ihre eigene Zukunft gefährdet.

a) Warum wird der Rat von Klimaforschenden immer noch nicht hinreichend ernstgenommen?

Antwort:

Dies ist eine Frage, die wir uns auch als Partei in vielen Bereichen, egal ob Klimawandel, Pandemie-Strategie oder Energiewende, häufig stellen. Wir setzen uns dafür ein, dass Expertendarstellungen und wissenschaftlicher Konsens in der Politik stärker wahrgenommen und gehört werden. Über Motive, wieso dies aktuell nicht geschieht, können wir nur mutmaßen. Wir wollen an dieser Stelle aufgrund der vielen denkbaren Erklärungen nicht spekulieren.

b) Was tun Sie dafür, dass die Erderwärmung wirklich auf 1,5 Grad begrenzt wird?

Antwort:

Wir müssen alle uns zur Verfügung stehenden Technologien und Möglichkeiten nutzen, um die anthropogenen Ursachen des Klimawandels, wie die Emission von Treibhausgasen – insbesondere CO₂ – einzudämmen. Dazu setzen wir auf die Förderung, Erforschung, Entwicklung und Umsetzung von bestehenden und neuen klimafreundlichen Technologien zur Energieerzeugung und -einsparung. Es ist zwingend notwendig, diese Themen auf Basis von wissenschaftlich fundierten und langfristig orientierten Entscheidungen und Maßnahmen anzugehen. Wir lehnen ideologisch geprägte Herangehensweisen ab, die auf wissenschaftlich nicht haltbaren Konzepten und auf über die Jahre

Bisexuelle Wahlprüfsteine (von BiNe – Bisexuelles Netzwerk e. V.)

festgefahrenen Meinungen basieren. Auch Technologien wie Atomkraft und Geothermie müssen ergebnisoffen anhand von Risiken und Nutzen bewertet werden. Wir setzen uns darüber hinaus für eine wirksame CO2-Steuer ein, die klimafreundliche Produkte und Dienstleistungen begünstigt.

Frage 17:

Was möchten Sie noch ergänzen?

Antwort:

Gerne mal auf unserer Internsetseite vorbeischaun um herauszufinden, wofür wir uns als Partei sonst noch einsetzen:

<https://www.diehumanisten.de/wahlen/bw/>